



Berlin, 15. Februar 2013

GdP: Digitale Kriminalität bedroht zunehmend die innere Sicherheit

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert Wirtschaftsunternehmen und staatliche Betriebe auf, jede Form von bekanntgewordener Cyberkriminalität zur Anzeige zu bringen. GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Der Staat darf seinen Strafverfolgungsanspruch in keinem Deliktsbereich aufgeben und sein Gewaltmonopol nicht gefährden.“

Mit Sorge bewertet die GdP die im Bereich der deutschen Wirtschaft erkennbare Tendenz, Angriffe gegen EDV-Anlagen lediglich durch private Sicherheitsunternehmen verfolgen zu lassen.

Im Vorfeld des 16. Europäischen Polizeikongresses, der am kommenden Dienstag, 19. Februar 2013 in Berlin beginnt und unter dem Thema „Schutz und Sicherheit im digitalen Raum“ steht, sagte Witthaut: „Insbesondere der Bereich der Strafverfolgung muss auch in Zukunft nicht nur in der Verantwortung der Ermittlungsbehörden liegen, sondern diese Verantwortung muss durch entsprechende Ermittlungsverfahren, die aufgrund von Anzeigen aus dem Bereich der Wirtschaft geführt werden, verdeutlicht werden.“

Nur wenn es gelänge, Wirtschaftsunternehmen von der Notwendigkeit von Strafanzeigen nach entsprechenden Cyberattacken zu überzeugen, könne insbesondere das Dunkelfeld aufgeklärt werden. Witthaut begrüßte, dass die Verbreiter des sogenannten Lösegeld-Trojaners, auch BKA-Trojaner genannt, mit Unterstützung eines privaten IT-Sicherheitsunternehmens in Spanien gefasst werden konnten.

Witthaut: „Die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen ist zu begrüßen, jedoch darf die Polizei nicht allein darauf angewiesen bleiben.“ Witthaut forderte, die Polizei mit Technik, Ausbildung und personeller Ausstattung auf die Herausforderungen durch kriminelle Machenschaften im Netz besser aufzustellen. Witthaut: „Die Gefahren für die innere und äußere Sicherheit und für die Volkswirtschaft wachsen bedrohlich. Die Polizei darf der technologischen Entwicklung nicht hinterherhinken.“